

Stand: 10.02.2026 03:14:31

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/10752

"Panama Papers: Steuerhinterziehung und Geldwäsche über Briefkastenfirmen aufklären und bekämpfen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/10752 vom 06.04.2016
2. Beschluss des Plenums 17/10843 vom 07.04.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 07.04.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Markus Ganser, Dr. Christian Magerl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Panama Papers: Steuerhinterziehung und Geldwäsche über Briefkastenfirmen aufklären und bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, soweit möglich und rechtlich zulässig

- dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen über die Erkenntnisse bayerischer Finanzbehörden über den Freistaat Bayern betreffende Fälle der sogenannten „Panama Papers“ und darüber hinaus über die Bekämpfung von Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismusbekämpfung umgehend zu berichten; dabei sind alle Erkenntnisse der Staatsregierung und der bayerischen Steuerverwaltung hinsichtlich der Verwicklung in Bayern ansässiger Unternehmen, der BayernLB, weiterer Banken und Privatpersonen in illegalen Zwecken dienende Briefkastenfirmen im In- und Ausland darzulegen,
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die 4. EU-Geldwäscherichtlinie und damit ein europaweites Unternehmensregister, aus dem die wirtschaftlich Begünstigten, die hinter einzelnen Unternehmen stehen, eindeutig hervorgehen, umgehend umgesetzt wird und dass dieses Unternehmensregister der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird und dass strafrechtliche Sanktionen gegenüber Banken, Bankern und Angehörigen weiterer Berufsgruppen, die mit Unternehmen Geschäfte machen, deren wirtschaftlich Berechtigte nicht bekannt sind, oder Beihilfe dazu zu leisten, gesetzlich verankert werden,
- den Schutz von Whistleblowern nicht länger zu blockieren.

Begründung:

Die sogenannten Panama-Papers, Daten einer panamaischen Kanzlei über Scheinfirmen, die im Wesentlichen der Geldwäsche und Steuerhinterziehung – auch im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung – dienen, haben ein bisher nicht bekanntes Ausmaß dieser kriminellen Aktivitäten öffentlich gemacht. Dabei sind die Vorgehensweisen und Indizien für Geldwäsche und Steuervermeidung lange bekannt. Es geht um die Nutzung von Scheinfirmen im In- und Ausland, Darlehensgewährungen ohne realen Bezug und Geldflüsse ohne nachvollziehbare Grundlagen. Durch das Datenleck aus Panama werden jetzt aber auch nach und nach Namen bekannt.

Es ist ein Skandal, dass Bayern im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche auf solche Datenlecks angewiesen ist und dass solche Fakten nicht zuerst den zuständigen Steuerbehörden bekannt sind. Dass solche Informationen von Whistleblowern vorzugsweise an die Presse und nicht an deutsche Behörden weitergegeben werden, hat auch mit dem fehlenden Schutz von Whistleblowern in Deutschland zu tun, der dringend verbessert werden muss. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere die Forderung der Staatsregierung an die Presse, die Informationen an die Steuerbehörden zu übergeben, nichts anderes als ein Ablenkungsmanöver.

Skandalös ist, dass offensichtlich neben anderen international agierenden Banken auch die staatliche BayernLB beim Aufbau der Infrastruktur zur Verschleierung von Geldtransfers mitgewirkt hat. Hier hat neben der Bankenaufsicht insbesondere das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat mit seinen jeweiligen Staatsministern im früheren Verwaltungsrat der BayernLB – nach dem Kauf von ABS Papieren und dem Kauf der Hypo Alpe Adria Bank – abermals völlig versagt.

Dringend erklärungsbedürftig ist auch das Auftauchen von Namen von Siemens-Managern auf den Panama Papers. Denn es handelt sich zum Teil um die gleichen Personen, die in den Schmiergeldskandal des Konzerns in den Jahren 2006 bis 2008 verwickelt waren. Es stellt sich die Frage, ob das Schmiergeldsystem tatsächlich vollständig abgeschafft worden ist.

Um in Zukunft solche Machenschaften zu unterbinden, braucht es erstens mehr Transparenz über Unternehmen und deren Inhaber, um gegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche vorzugehen. Die Bundesregierung hat die Einführung eines europäischen Transparenzregisters bisher blockiert. Erst jetzt wird ein Transparenzregister angekündigt, zu dessen Um-

setzung Deutschland ohnehin durch die 4. EU-Geldwäscherichtlinie verpflichtet ist. Für die jetzt bekannt werdenden Fälle ist das leider zu spät. Und zweitens brauchen wir Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Bankern und Banken, die Geschäfte mit intransparenten Firmen machen. Denn Transparenz-

vorschriften sind nur dann ein wirksames Mittel gegen die Geldwäscheindustrie, wenn fehlende Transparenz auch sanktioniert wird. Banken und Beratern, die bei der Umgehung von Transparenzvorschriften vorsätzlich oder fahrlässig mitwirken, müssen daher empfindliche Strafen drohen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Gisela Sengl, Katharina Schulze, Markus Ganterer, Dr. Christian Magerl, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/10752

Panama Papers: Steuerhinterziehung und Geldwäsche über-Briefkastenfirmen aufklären und bekämpfen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Volkmar Halbleib

Abg. Thomas Mütze

Abg. Ernst Weidenbusch

Abg. Bernhard Pohl

Staatsminister Dr. Markus Söder

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe also zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar

Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Der Panama-Deal der BayernLB ([Drs. 17/10746](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,

Thomas Mütze u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Panama Papers: Steuerhinterziehung und Geldwäsche über Briefkastenfirmen
aufklären und bekämpfen ([Drs. 17/10752](#))**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Peter

Winter u. a. und Fraktion (CSU)

Mehr Transparenz bei Steueroasen und Briefkastenfirmen ([Drs. 17/10765](#))

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,

Bernhard Pohl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Oh, wie schön ist Steuerflucht nach Panama: Konsequente und rasche
Aufklärung der Vorgänge im Freistaat Bayern ([Drs. 17/10766](#))**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Halbleib bitten. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Veröffentlichung der sogenannten Panama Papers Anfang dieser Woche wirft Schlaglichter auf das Ausmaß der internationalen Steuerhinterziehung, aber auch auf die Mithilfe der Banken hierbei. In Bayern wirft sie insbesondere ein Schlaglicht auf die gegebenenfalls stattgefundene Mithilfe der Bayerischen Landesbank und auf die politische Verantwortlichkeit hierfür.

(Peter Winter (CSU): Beweise bitte! Beweise!)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Frage steht im Raum, ob die bayerische Staatsbank BayernLB mithilfe einer Tochtergesellschaft Beihilfe zur Steuerhinterziehung geleistet hat oder gar, was noch schlimmer wäre, Kriminelle unterstützt hat, die sich auf Geldwäsche spezialisiert haben.

Die Frage treibt mich um: Hat unsere bayerische Staatsbank dabei geholfen, Millionen- oder gar Milliardenbeträge ins Ausland zu schaffen, um womöglich oder mutmaßlich illegal Steuern zu sparen?

Es geht auch um die Frage, wie dies unter der Aufsicht der Staatsregierung und des bayerischen Finanzministeriums geschehen konnte. Finanzminister Dr. Markus Söder war von Ende 2011 bis Mitte 2013 als Verwaltungsratsvorsitzender auch der oberste Aufseher über Vorstand und Geschäftspolitik der BayernLB.

Sollte die Tochter der Bayerischen Landesbank, die LBLux, in diesem Zeitraum noch Offshore-Briefkastenfirmen verwaltet haben, wäre der Verwaltungsratsvorsitzende Dr. Markus Söder hierfür verantwortlich.

Es geht um das ganz konkrete Szenario: Dr. Markus Söder als Finanzminister war Oberaufseher der BayernLB, während die Tochter LBLux kräftig dabei mithalf, den Fiskus, für den der Finanzminister ebenfalls die Verantwortung trägt, um Steuergelder zu betrügen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Es kann ja wohl nicht wahr sein, dass dieses Szenario passiert ist und dass tatsächlich der bayerische Finanzminister

(Peter Winter (CSU): Haben Sie Beweise dafür, oder ist das nur Spekulation?)

über die von ihm beaufsichtigte Landesbank sozusagen Steuerflüchtlingen auch noch das Fluchtauto stellt.

(Zuruf von der SPD: Den Transporter!)

Das darf einfach nicht wahr sein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen müssen wir alles tun, um diesen Sachverhalt vollständig und umfassend aufzuklären.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN)

Das ist auch insbesondere deshalb notwendig, weil die Pressekonferenz des Finanzministers von gestern zur Aufklärung überhaupt nichts beigetragen hat. Sie war aus zwei Gründen besonders erstaunlich.

Erstens forderte Dr. Söder härtere Sanktionen gegen die Anonymität im internationalen Geldverkehr. Das ist eine interessante Forderung; denn diese Forderung von gestern, Herr Finanzminister, ist doch das glatte Gegenteil von dem, was mit dem Steuerabkommen mit der Schweiz gekommen wäre, nämlich eine Anonymität und Straffreiheit für kriminelle Steuerhinterzieher, für die Sie damals vehement eingetreten sind und die durch die SPD verhindert werden konnte. Das ist doch das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Damals wäre es auch um die Anonymität von Steuerhinterziehern gegangen; da waren Sie dafür. Heute wollen Sie dagegen sein. Das ist alles andere als glaubwürdig.

Die Pressekonferenz von Ihnen, Herr Finanzminister, ist auch aus einem zweiten Grund äußerst erstaunlich. Laut Bericht der "Abendzeitung" haben Sie, Herr Finanzminister, am Dienstag, dem 5. April, Berichte, wonach auch die Bayerische Landesbank in das Treiben um Offshore-Geschäfte verwickelt gewesen sei, einfach mal "kalten Kaffee" genannt.

Bei der hektisch anberaumten Pressekonferenz gestern, am Mittwoch, 6. April, früh um 08.30 Uhr, haben Sie dann von "kaltem Kaffee" nicht mehr gesprochen, sondern auf Nachfrage von Journalisten nur noch davon, Sie hätten von den Offshore-Briefkästen gar nichts gewusst. Beides geht nicht zusammen, Herr Finanzminister. Entweder ist es kalter Kaffee, und damit sind es allseits bekannte Dinge, oder Sie haben nichts gewusst.

Sie haben Ihre Verteidigungslinie – das ist insbesondere für die Glaubwürdigkeit interessant – innerhalb eines Tages um 180 Grad verändert.

(Jürgen W. Heike (CSU): Falsch!)

Das macht misstrauisch. Da stimmt doch etwas nicht, Herr Finanzminister.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt zwei entscheidende Fragen, zu denen Sie sich noch nicht geäußert haben. Ich fordere Sie auf, diese Plenarsitzung zu nutzen, um diese Fragen zu beantworten.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Die erste Frage lautet: Hat die BayernLB, respektive die LBLux, die Briefkastenfirmen noch verwaltet bzw. noch betreut, als Sie Verwaltungsratsvorsitzender der BayernLB waren, also von November 2011 bis Juli 2013?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben von Ihnen bislang nicht gehört, dass das Engagement in Panama vor dem November 2011, also vor Ihrem Amtsantritt als Finanzminister und Verwaltungsratsvorsitzender, geendet hat. Dazu wollen wir von Ihnen heute eine eindeutige Aussage haben.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Frage: Hatten Sie von Praktiken mit Briefkastenfirmen innerhalb der Bayerischen Landesbank – egal, ob bei der Mutter oder bei den Töchtern oder bei mit Geschäftsbeziehungen verbundenen Unternehmen – Kenntnis? Oder – das ist auch eine spannende Frage – hätten Sie als oberster Verwalter der BayernLB nicht davon Kenntnis haben müssen? Denn insbesondere die LBLux waren doch bis 2012 komplett durch Vertreter der Bayerischen Landesbank kontrolliert. Die Bayerische Landesbank als Mutter musste es also wissen, und Sie doch eigentlich auch.

Die Vermittlung von Briefkastenfirmen durch Banken ist nicht erst durch die Panama-Enthüllungen bekannt, sondern schon seit vielen Jahren. Sie sind im November 2011 Finanzminister und Verwaltungsratschef der BayernLB geworden. Als Finanzminister musste Ihnen doch bekannt gewesen sein, wie durch Briefkastenfirmen dem Steueranspruch des Staates und der Steuergerechtigkeit die Grundlage entzogen wird und dass Finanzinstitute sowie Banken aktive Mithilfe leisten.

Wir wollen von Ihnen wissen, Herr Finanzminister: Haben Sie denn in Ihrer Amtszeit nachgefragt, was unter dem Dach der Bayerischen Landesbank oder ihrer Töchter abläuft? Spätestens beim Verkauf des Privatkundengeschäfts der LBLux im Rahmen des Beihilfeverfahrens, als es um die Frage ging, welche Beteiligungen der Landesbank zu welchen Konditionen veräußert werden, müssen Sie doch hingeschaut haben: Was hat die LBLux in diesem Bereich alles unternommen oder – das darf man auch sagen – getrieben? Wollen Sie tatsächlich behaupten, bis zu den Veröffentlichungen über die Panama Papers definitiv nichts über die Praktiken gewusst zu haben? Das ist die Frage, die sich uns heute stellt. Im Übrigen gibt es Briefkasten-Aktivitäten nicht nur in Panama bei der Kanzlei Mossack Fonseca, sondern auch in zahlreichen anderen Staaten. Herr Finanzminister, diese Prüfung hätte von Ihnen unmittelbar nach Ihrem Amtsantritt veranlasst werden müssen.

Äußerst irritierend ist auch, dass der neue strategische Partner der Bayerischen Landesbank seit dem Jahr 2015, die Berenberg Bank, nach Presseberichten besonders eng mit dem Offshore-Dienstleister Mossack Fonseca zusammengearbeitet hat. Unser

neuer strategischer Partner ist nach Presseberichten in besonderer Weise aktiv gewesen. Was wusste die BayernLB, und was wussten Sie, Herr Finanzminister, über dieses Engagement unseres strategischen Partners? Was haben Sie gewusst, und was hätten Sie wissen können?

Herr Finanzminister, die bisherigen Krisen und Skandale der BayernLB haben Sie bisher immer als Altlasten bezeichnet. Sie haben gerne die Rolle des Finanzministers gespielt, der die Altlasten der Vorgänger beseitigt. Seit den Panama-Papieren ist das anders. In der Zeit, in der Sie Vorsitzender des Verwaltungsrats der BayernLB waren, gibt es einen handfesten Skandal. Herr Finanzminister, das ist keine Altlast. Das ist Ihre ureigenste Verantwortung als Verwaltungsratsvorsitzender und als bayerischer Finanzminister.

Deshalb müssen die Fragen, die in unserem Berichtsantrag zusammengefasst sind, umfassend und plausibel beantwortet werden. Wir wollen keine Verneblung und Ablenkungsmanöver, sondern klare und plausible Antworten auf klare Fragen. Die Zustimmung zu unserem Berichtsantrag seitens der CSU ist der Lackmustest für einen ernsthaften Aufklärungswillen. Ist er vorhanden? Ja oder nein?

(Beifall bei der SPD)

Das werden wir zum Lackmustest dieser Aufklärung machen.

Im Übrigen wird meine Fraktion den Ministerpräsidenten bitten, die Aufklärungsarbeit des Landtags zu unterstützen und voranzutreiben. Wir schließen einen Untersuchungsausschuss definitiv nicht aus, sollten die Fragen nicht umfassend und plausibel beantwortet werden. Sie, Herr Finanzminister, und auch die CSU-Fraktion haben es jetzt in der Hand, ob Sie nach dieser Plenardebatte einen Schritt in Richtung Untersuchungsausschuss machen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Mütze das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Mütze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die BayernLB war eine Bank, die das große Rad drehen wollte und dafür alle Schweinereien, die man sich im Bankengeschäft vorstellen kann, mitgemacht hat. Wer das bisher noch nicht wusste, weiß dies spätestens nach den sogenannten Panama Papers.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Können Sie das beweisen?)

In der Vergangenheit hat die BayernLB in Immobilienpapiere investiert. Der ehemalige Ministerpräsident Stoiber hat dazu aufgefordert, in die Hypo Group Alpe Adria zu investieren. Diese Vergangenheit haben wir mit einer Unterstützung in Höhe von zehn Milliarden Euro teuer bezahlt. Herr Kollege Halbleib hat bereits darauf hingewiesen, dass Finanzminister Söder gesagt hat, es handle sich um Altlasten, über die wir nicht mehr reden. Es gäbe eine neue Bank. – Innerhalb kürzester Zeit sind nun zwei Skandale öffentlich geworden. Das sind zum einen die Geschäfte zum Umsatzsteuerbetrug – Cum-Ex –, die auch von der BayernLB betrieben worden sind. Das wissen wir seit einigen Wochen. Die Aufklärung darüber steht noch aus. Zum anderen hat es einen Steuerbetrug über Briefkastenfirmen in Offshore-Ländern – Panama Papers – gegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir brauchen eine klare Aufklärung. Herr Kollege Halbleib hat bereits die Fragen gestellt, die auch wir uns stellen und auf die wir klare Antworten haben wollen. Haben sich die Skandale, die jetzt öffentlich geworden sind – ich schließe Cum-Ex ein –, in der Amtszeit des jetzigen Finanzministers zugetragen? – Wenn dies der Fall ist, wollen wir wissen, was er getan hat. Welche Fehler sind im Rahmen der Aufsicht passiert? An welchen Stellen ist versagt worden?

Lieber Herr Finanzminister, es reicht nicht, wenn Sie sagen: Wir haben die LBLux doch liquidiert, was wollt ihr denn überhaupt? – Das Geschäft, das die LBLux bis

dahin betrieben hat, ist mitverkauft worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit bleibt das weiterhin Thema.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Das sind Spekulationen!)

Es reicht nicht, allein auf die BayernLB einzudreschen. Das ist nicht das Wichtigste. Die Steuerberatungsfirma Mossack Fonseca hat 214.000 Firmenkonstrukte gegründet, davon 149 der BayernLB. Das ist nur die Spitze des Eisbergs. An dieser Stelle wird ein riesengroßer Skandal offensichtlich. Das ist ein riesengroßes Versagen der internationalen Finanzaufsichten – auch der deutschen Finanzaufsicht. Über Jahre hinweg hat man nur zugeschaut und wollte davon scheinbar nichts wissen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Lieber Herr Minister, was Sie getan haben, ist fragwürdig und sogar scheinheilig. Im Koalitionsvertrag im Bund – das gilt auch für die Kollegen der SPD – steht schon lange, dass wir Gesetze gegen Geldwäsche, eine höhere Transparenz und öffentliche Register dieser Firmen brauchen. Das wollten Sie schon lange umsetzen. Warum ist das auf einmal jetzt wichtig für Sie? Jetzt poppt es auf. Auf einmal zeigen Sie Aktionismus. Herr Finanzminister, vorher habe ich von Ihnen kein Wort dazu gehört. Herr Kollege Halbleib hat dankeswerterweise an die Steuervereinbarungen mit der Schweiz erinnert, die Sie mit allen Mitteln verhindern wollten. Das, was wir heute kritisieren und was jetzt aufpoppt, wäre genau so gelaufen.

Aus diesem Grund sind Sanktionen notwendig. Wir wollen Sanktionen gegen Banken und Personen, die helfen, im Ausland in sogenannten Offshore-Firmen Steuern zu hinterziehen. Das darf es künftig nicht mehr geben. Deshalb brauchen wir eine klare Umsetzung der Vierten Geldwäscherichtlinie der EU. Das wurde sowohl von der Bundesregierung als auch von der Staatsregierung bis jetzt verschleppt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme zu den Whistleblowern. Der Finanzminister hat sich darüber beschwert, dass die Whistleblower nicht zu ihm kämen, um ihm

die Papiere zu geben. Mr. John Doe ist an die "Süddeutsche Zeitung" und andere Zeitungen herangetreten, um ihnen die Informationen zu geben. Herr Staatsminister Söder hat sich gefragt: Warum kommen die nicht zu mir? – Herr Minister, ist das denn ein Wunder? Sie waren bisher nie der große Steuerbetrugsaufklärer.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Sie sind nicht als der große Aufklärer in Deutschland bekannt, an den man sich wenden kann, wenn man über Betrugsfälle informieren will.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Das ist in Baden-Württemberg völlig anders!)

Lieber Herr Minister, die Drecksarbeit überlassen Sie dem Kollegen aus Nordrhein-Westfalen. Im Gegensatz zu Ihnen kauft dieser die CDs nämlich an. Darüber haben Sie sich immer mokiert. Auf der anderen Seite haben Sie die Hunderte von Millionen Euro, die dadurch ins Land gekommen sind, gerne eingestrichen. Deshalb darf man sich nicht wundern. Wenn ein Whistleblower in Deutschland seine Arbeit macht und über kriminelle Machenschaften berichtet, genießt er in Deutschland keinen Schutz. Wem hat er das zu verdanken? – Das hat er der CSU zu verdanken, die im Bundestag gegen ein Schutzgesetz für Whistleblower gestimmt hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wen wundert es dann, wenn Whistleblower lieber zur "Süddeutschen Zeitung" gehen als zu diesem Finanzminister.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Bevor wir mit der Debatte weiterfahren, darf ich bekannt geben, dass auch zu dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Gesetzesänderung zur Produkthaftung schnell und ohne Hintertüren schaffen", Drucksache 17/10764, namentliche Abstimmung beantragt wurde.

Kollege Weidenbusch ist schon bereit. Bitte schön.

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die CSU-Fraktion wird – unter Zurückstellung der Bedenken gegen einzelne Formulierungen – dem Antrag der SPD-Fraktion zustimmen. Wir sind der Meinung, dass sich die darin aufgeworfenen Fragen und die formulierten Aufklärungswünsche im Wesentlichen mit dem decken, was auch Vorstellung der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag und der Staatsregierung ist.

Gleichwohl möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass der Antrag, sofern er Offshore-Geschäfte generell kriminalisiert, der Realität nicht gerecht wird. Es ist notwendig, Offshore-Geschäfte genau, das heißt in legale und illegale, zu differenzieren. In vielen Bereichen, zum Beispiel der Finanzierung von Schiffen und Flugzeugen, aber auch von Nicht-Government-Infrastruktureinrichtungen, ist die Offshore-Finanzierung weltweit nahezu das einzige Mittel. Wenn es keine Offshore-Geschäfte gäbe, hätten wir in Deutschland ein erhebliches Kapitalisierungsproblem. Deswegen wäre es uns lieber gewesen, wenn in dem Antrag an den entsprechenden Stellen "illegale Offshore-Geschäfte" gestanden hätte.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Grenze ist fließend!)

Aber wir wollen es daran nicht scheitern lassen. Es geht darum, die Dinge aufzuklären.

Ich halte es allerdings ein Stück weit für unseriös, sich hier herzustellen und zu behaupten, dass die Staatsregierung das alles hätte wissen oder zumindest erfragen müssen. Alle Fraktionen dieses Parlaments hatten bereits in der Legislaturperiode von 2008 bis 2013 Vertreter in die Landesbankkommission entsandt. Es wäre kein Problem gewesen, die entsprechenden Fragen zu stellen.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Der Finanzminister hat andere Informationen als wir!)

Ich war deren Vorsitzender. Kein Eike Hallitzky für die GRÜNEN, kein Paul Wengert für die SPD, kein Vertreter der FREIEN WÄHLER hat entsprechende Fragen aufgeworfen.

Gleichwohl hat sich das Gremium mit dem Thema beschäftigt. Wir haben immer wieder darauf bestanden, dass von unabhängiger Seite durch Gutachten festgestellt wird, ob bei der BayernLB und ihren Töchtern die Dinge in Ordnung sind. Daher werden Sie im Rahmen der Beantwortung der Fragen sicherlich auch erfahren, welche Institute, welche Wirtschaftsprüfer, welche sonstigen Prüfer, welche Rechtsanwaltskanzleien die BayernLB und ihre Töchter wann im Hinblick auf was überprüft haben und was zurückgespiegelt worden ist.

Herr Kollege Halbleib, das, was Sie heute im Plenum gesagt haben, war von deutlich mehr Kompetenz geprägt als das, was in der gestrigen Pressekonferenz der SPD zuerst in das Mikrofon gesprochen wurde und dann von Journalisten korrigiert werden musste. Es ist wohl ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Bayerischen Landtags, dass Landtagsjournalisten einem Fraktionsvorsitzenden sagen müssen, dass das, was er gerade alles gefordert hat, nicht umsetzbar ist.

Sie wissen mit Sicherheit, dass von hunderttausenden Vorgängen der bayerische Finanzminister nicht jeden einzelnen überprüfen kann. So, wie es aktuell aussieht, haben nicht einmal die Vorstände der BayernLB gewusst, dass es gegebenenfalls solche Geschäfte gibt. Wenn es schon die Vorstände nicht wissen, zu erwarten, dass es der Kontrolleur weiß, dem der Wirtschaftsprüfer bescheinigt hat, dass es das Ganze nicht gibt, und dem die Rechtsanwaltskanzlei gesagt hat, dass es so nicht gewesen ist, das ist zumindest gewagt.

(Volkmar Halbleib (SPD): Ein bisschen naiv, Herr Kollege!)

Was bieten Sie denn als Konsequenz an, wenn bei der Untersuchung herauskommt, dass die 149 Offshore-Geschäfte, um die es geht, legal sind und Sie diesen ganzen Skandal nur herbeigeredet haben?

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Wette gewinne ich!)

– Da nennen Sie doch einmal Ihren Einsatz. Sie sagen nur: "Die Wette gewinne ich!" Wo ist Ihr Einsatz? Entschuldigen Sie sich dann hier offiziell für diese Anwürfe? Oder hören wir dann wieder nichts mehr von Ihnen, weil die Skandalisierung ja gelungen ist?

(Beifall bei der CSU)

Wir erleben seit acht Jahren, dass Sie sich hier hinstellen, die Bank schlechtmachen und ihre Position im wirtschaftlichen Wettbewerb verschlechtern. Wann immer sich herausstellt, dass Sie bei Ihren Auftritten nur heiße Luft von sich gegeben haben, breiten Sie den Mantel des Schweigens über Ihre früheren Aussagen. Ich habe jedenfalls noch nie gehört, dass Sie sich entschuldigt hätten.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Unsere Vermutungen in Bezug auf die Landesbank hatten leider gestimmt!)

In Ihrem Eifer, dem amtierenden Finanzminister etwas ans Bein zu binden, blenden Sie völlig aus, dass wir von Geschäften reden, die bei der LBLux möglicherweise bereits ab 1973 erfolgt sind. Ich nehme an, dass Ihnen nicht bekannt ist, dass die LBLux uns 40 Jahre gehört hat; sonst hätten Sie gestern nicht behauptet, der frühere bayerische Finanzminister Georg Fahrenschon sei schuld, dass man die LBLux gekauft habe. Ich glaube, er war sechs Jahre alt, als sie gekauft wurde.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Ich möchte es dabei belassen. Ich wollte Ihnen nur sagen, dass es uns nicht leichtfällt, Ihrem Antrag zuzustimmen. Wir werden es gleichwohl tun.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein (SPD))

Die FREIEN WÄHLER setzen sich mit der Problematik differenziert auseinander, trennen in legale und illegale Geschäfte und wollen erst einmal genauere Informationen

zum Sachverhalt erlangen. Ich finde, das ist eine sehr kompetente Herangehensweise. Daher tut es mir fast leid, dass wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER nicht zustimmen können, weil wir keine weitere Kommission einrichten, sondern zunächst das Ergebnis der unabhängigen Untersuchung durch einen testierten, vereidigten Wirtschaftsprüfer oder jemand Vergleichbaren abwarten wollen.

Dass wir den Antrag der GRÜNEN ablehnen, brauche ich wohl nicht näher zu begründen. Sie nehmen die Panama Papers nur zum Anlass, um uns Ihre altbekannten Forderungen zu 27 verschiedenen Themen, die mit dem eigentlichen Problem nichts zu tun haben, unterzujubeln. Das wird Ihnen auch heute nicht gelingen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für eine Zwischenbemerkung: Herr Kollege Halbleib, bitte.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Weidenbusch, es ist ja mutig, dass Sie sich in die Bresche werfen und versuchen, hier den Strafverteidiger zu spielen.

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sie müssen doch auch für Herrn Rinderspacher eintreten, oder nicht?

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Ich darf ein paar Dinge relativieren. Wenn Sie die Informationen, die die Fraktionen des Bayerischen Landtags haben, mit den Informationen vergleichen, die dem bayerischen Finanzminister als Verwaltungsratsvorsitzendem zur Verfügung stehen, dann dürfte auch Ihnen klar sein, in welche Richtung es geht. Im Finanzministerium sind ganz andere Informationen vorhanden. Deswegen muss es Anspruch des Finanzministers sein, im eigenen Verantwortungsbereich bestimmte Entwicklungen zu erkennen, diese zu überprüfen und gegebenenfalls Nachfragen zu stellen. Dies ist übrigens auch gesetzlich klar definiert.

Um diese Verantwortung des Finanzministers geht es auch in Bezug auf das heute zur Debatte stehende Thema. Das war der erste Punkt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Punkt. Es war ein netter Versuch, als Sie behauptet haben, dass das, worüber wir hier reden, alles wunderbar legal sei, weshalb es sich um eine Scheinaufregung, um einen Sturm im Wasserglas handele.

(Zurufe von der CSU: Das hat er doch so gar nicht gesagt!)

– Natürlich! Das war sein Versuch.

Eine Tochter der Landesbank hat anscheinend versucht, gezielt Briefkastenfirmen zu etablieren. Die Zahl ist genannt worden. Es stellen sich übrigens weitere Fragen: Gibt es noch in anderen Staaten Engagements in Briefkastenfirmen? Haben andere Töchter entsprechende Engagements versucht? Es ist doch völlig naiv anzunehmen, dies alles sei gemacht worden, um völlig legale Aktionen auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind kein naives Parlament, sondern ein Parlament, das Aufklärung will.

Zweiter Punkt!

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Dritter Punkt; es waren schon zwei.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) – Dritter Punkt. Sie haben unterstellt, wir hätten immer nur Behauptungen aufgestellt. Hierzu stelle ich fest, dass in Bezug auf die Landesbank die schlimmsten Szenarien der Opposition – leider! – übertritten worden sind. Das ist der Sachverhalt. Daher stellt sich vielmehr die Frage, ob Sie sich nicht einmal bei der Opposition entschuldigen und anerkennen sollten, dass wir rechtzeitig auf bestimmte Entwicklungen hingewiesen haben. Wir haben Szenarien

beschrieben, die fast bis ins Detail eingetreten, zum Teil sogar übertroffen worden sind. Das ist die Wahrheit.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege.

Ernst Weidenbusch (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Kollege Halbleib, ich stelle fest, dass ich keinesfalls gesagt habe, dass dies alles legal sei.

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben es versucht!)

Ich habe nur darum gebeten, sehr sorgfältig zwischen "legal" und "illegal" zu differenzieren. Das ist an dieser Stelle auch geboten.

(Beifall bei der CSU)

Was Sie mir in den Mund geschoben haben, ist eine Unterstellung, die ich an dieser Stelle nicht gelten lasse, weil sie geeignet ist, einen Eindruck zu erwecken, den ich beruflich nicht haben will. Erstens. Klipp und klar ist, dass es Offshore-Geschäfte gibt, die legal sind, und Offshore-Geschäfte, die illegal sind. Hier müssen wir sauber trennen.

Zweitens. Sie sagen, Sie hätten bis zum letzten Montag nicht gewusst, dass es solche Briefkastenfirmen gibt, und deshalb zu keinem Zeitpunkt nachgefragt, ob die BayernLB oder eine Tochter solche Firmen kenne. Ich nehme das zur Kenntnis. Für die Bayern-SPD können Sie das sicher sagen. Ich bin gespannt, ob die FREIEN WÄHLER und die GRÜNEN das auch so sehen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Hast du das gewusst?)

– Was habe ich gewusst, Peter? – Dass es Offshore-Firmen gibt, habe ich gewusst. Dass es Briefkastenfirmen gibt, habe ich auch gewusst. Du lebst in einem Landkreis,

in dem aufgrund der steuerlichen Verhältnisse viele Besitzer von Briefkastenfirmen leben. Insofern kann dir dieser Umstand genauso wenig neu sein wie mir.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Ich habe keine!)

Drittens. Wir gehen jetzt daran, diese Probleme in aller Entschiedenheit aufzuarbeiten. Dabei werden wir feststellen, was passiert ist. Im Zweifelsfall werden wir uns dabei auch nicht auf die Panama-Papiere oder auf Mossack Fonseca beschränken. Es wäre sehr hilfreich, wenn uns die Journalisten das Material, das sie haben, meinetwegen in anonymisierter Form, zur Verfügung stellen würden, damit man nachforschen kann; denn wenn nur gesagt wird, "es gibt 149 Kriminalfälle, tut doch etwas", tut man sich schwer.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Momentan sind wir bei der Aufklärung des Panama-Komplexes in der ersten Stufe. Wir müssen aufklären. Aufklären heißt nicht beurteilen oder verurteilen. Aufklären heißt: Wir klären den Sachverhalt, um daraus zu einem späteren Zeitpunkt Schlüsse ziehen zu können.

Völlig klar ist: Sollten sich die Vermutungen bestätigen, dass hier ein Steuerbetrug in eklatantem Ausmaß begangen wurde, muss dies die entsprechenden Konsequenzen nach sich ziehen. Falls die Fragen nicht geklärt werden können, würde auch ein Untersuchungsausschuss im Raum stehen. So weit sind wir aber noch lange nicht. Momentan geht es darum, Fakten zu sammeln. Diese Fakten müssen sorgfältig und rasch zusammengetragen werden. Herr Staatsminister Dr. Söder, hier sind Sie und die Staatsregierung in der Pflicht.

Ich verstehe nicht ganz, warum gerade von Ihnen eine Diskussion über die Frage geführt wird, ob Sie verantwortlich sind. Sie sagen: Ich habe von diesen Geschäften nichts gewusst. – Momentan ist überhaupt noch nicht klar, ob es schädlich ist, von solchen Geschäften gewusst oder nicht gewusst zu haben; denn wir wissen noch gar nicht, ob diese Geschäfte illegal sind oder nicht. Deshalb kann diese Art der Vorwärtsverteidigung durchaus Anlass geben zu vermuten, dass da etwas dahintersteckt. Wir halten es aber so, dass wir erst bewerten, wenn der Sachverhalt komplett auf dem Tisch liegt.

Herr Kollege Weidenbusch, ich halte es ebenso wenig für richtig, darüber zu sinnieren, ob die Landesbank-Kontrollkommission hätte Fragen stellen müssen. Hierzu möchte ich Ihnen eine ganz eindeutige und einfache Antwort geben: Diese Kommission wurde zur Krisenbewältigung bei der BayernLB einberufen. Diese Kommission hat sich nicht mit Fragen befasst, wie das Geschäftsgebaren war oder ob die Landesbank möglicherweise die Steuerhinterziehung begünstigt oder befördert hätte. Das war eine Kommission zur Bewältigung der Krise bei der BayernLB, da dieser Landtag am 3. Dezember 2008 10 Milliarden Euro zur Verfügung stellen musste, um diese Bank zu retten.

Im Übrigen kann man wirklich nicht behaupten, dass sich das, was wir am Geschäftsgebaren der BayernLB kritisiert haben, angefangen von der MKB Bank über die Hypo Alpe Adria bis hin zu den USA-Geschäften, in Luft aufgelöst hätte. Herr Kollege Halbleib hat zu Recht darauf hingewiesen. Ich zitiere den Finanzminister, der den Kauf der Hypo Alpe Adria als das größte wirtschaftspolitische Versagen der Nachkriegsgeschichte Bayerns bezeichnet hat. Mit dieser Aussage ist er mindestens so deutlich geworden wie die Vertreter der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Daher brauchen wir diesen Vorwurf hier nicht zu erheben.

Wir befinden uns in der Phase der Aufklärung, und diese Aufklärung muss sorgfältig erfolgen. Wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag angeregt, die Rolle der BayernLB durch eine unabhängige Kommission aufklären zu lassen. Die CSU-Fraktion hat mit

dieser Formulierung "Bauchschmerzen". Wenn die CSU-Fraktion bereit wäre, diesem Antrag zuzustimmen, wären wir bereit, diese Formulierung aufzuweichen. Wir würden formulieren "die Rolle der BayernLB aufklären zu lassen, möglichst durch eine unabhängige Kommission". Damit wäre das keine Verpflichtung, sondern eine Empfehlung. Sie können sich nachher im Rahmen einer Zwischenbemerkung dazu äußern, ob dieser Dringlichkeitsantrag in dieser Fassung Ihre Zustimmung findet.

Neben der notwendigen Aufklärung müssen wir alles dafür tun, solchen Steuerparadiesen in Zukunft die Geschäftsgrundlage zu entziehen. Deswegen wollen wir, dass der Bayerische Landtag die Staatsregierung auffordert, sich auf Bundes- und Europalebene durch wirksame Maßnahmen dafür einzusetzen, diesen Steuerparadiesen die Grundlage zu entziehen. Ich brauche nicht näher zu betonen, dass es nicht sein kann, dass uns hier Milliardenbeträge für die Wahrnehmung wichtiger Aufgaben für die Bürger dieses Landes, aber auch für die Wirtschaft und für die Unternehmen entgehen.

Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion natürlich zustimmen. Mir ist zwar auch aufgefallen, dass an der einen oder anderen Stelle dieses Antrags nicht zwischen illegaler Steuerhinterziehung und legaler Steuervermeidung differenziert wird; aber ich glaube, hier handelt es sich um ein semantisches Problem. Die SPD meint sicherlich ausschließlich illegale Praktiken. Ich halte diesen Antrag für sehr differenziert, für sehr umfangreich, für sehr tiefgehend und für sehr gut. Diesem Antrag muss unbedingt zugestimmt werden.

Wir werden auch dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion zustimmen. Allerdings gestatten Sie mir einen Zusatz: Eine Partei, die seit dem Jahr 2005 an der Bundesregierung beteiligt ist, die im Bundestag mit den jeweiligen Koalitionspartnern über eine Mehrheit verfügt, hätte schon früher die Gelegenheit gehabt, tätig zu werden. Gleichwohl ist es natürlich richtig, diese Maßnahmen zu ergreifen. Wir werden deshalb diesem Dringlichkeitsantrag ebenfalls zustimmen.

Ich komme damit zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN. Bedauerlicherweise müssen wir uns zu diesem Antrag der Stimme enthalten. Der erste Spiegelstrich ist natürlich richtig und zustimmungsfähig. Der erste Absatz des zweiten Spiegelstrichs, in dem die Vierte EU-Geldwäscherichtlinie genannt wird, ist auch okay. Problematisch ist aber, dass Sie im zweiten Absatz des zweiten Spiegelstrichs schreiben, die Staatsregierung sollte sich dafür einsetzen, strafrechtliche Sanktionen für Berufsgruppen zu initiieren, die mit Unternehmen Geschäfte machten, deren wirtschaftlich Berechtigte nicht bekannt seien. – Das geht nicht. Sie wissen nicht, wer wirtschaftlich berechtigt ist. Sie wissen nur, wer rechtlich berechtigt ist; denn das können Sie im Handelsregister oder ähnlichen Registern einsehen. Ob jedoch hinter dem Geschäftsführer ein faktischer Geschäftsführer steht, ein Geldgeber, der nirgendwo ersichtlich ist, kann zum Beispiel von einem Steuerberater nicht ermessen werden. Diese Berufsgruppen der Gefahr einer Kriminalisierung auszusetzen, geht nicht. Deswegen werden wir uns bei diesem Dringlichkeitsantrag der Stimme enthalten.

Ich bitte zu unserem Dringlichkeitsantrag um Zustimmung, gegebenenfalls in der geänderten Form. Ich warte jetzt darauf, ob eine entsprechende Zwischenbemerkung kommt. Ansonsten bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Eine Zwischenbemerkung kommt jetzt nicht. Das kann aber in der Zwischenzeit geklärt werden.

Ich darf jetzt für die Staatsregierung Herrn Staatsminister Dr. Söder das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir reden bei diesem Gesamtkomplex über ein ernstes Thema. Dieses ernste Thema erfordert aber auch einen ernsthaften Umgang. Es gibt Fragen – ja. Es gibt aber wenig Fakten. Deswegen sollten wir keine Unterstellungen und unbewiesenen Behauptungen machen; denn das schädigt ein Stück weit die

Bayerische Landesbank, und das stellt Mitarbeiter unter Generalverdacht. Darum sage ich, meine Damen und Herren: Aufklärung ja, aber politische Spielchen nein. Das darf an dieser Stelle nicht passieren.

(Beifall bei der CSU)

Zum Sachverhalt. Die "Süddeutsche Zeitung" hat mit vielen anderen Journalisten in der Welt im Rahmen eines Verbundes die sogenannten Panama Papers öffentlich gemacht und dargestellt. Dass die Debatte um Briefkastenfirmen nötig ist, ist nicht neu. Die Dimension hat aber national und international eine große Wucht. Hierbei handelt es sich wohl um das bisher größte Datenleak bei Errichtung und Verwaltung solcher Briefkastenfirmen.

Lieber Herr Mütze, ich finde es schon angemessen zu hinterfragen, ob es denn nicht notwendig ist, dass diejenigen, die diese Informationen haben, diese Informationen mit denen teilen, die sie am Ende auch verwerten können. Meine Damen und Herren, dies hat nämlich schon einen Sinn, damit wir am Ende nicht nur spekulieren und dann möglicherweise sogar Verdunklungs- oder Verjährungsgefahr droht. In solchen Fällen ist es sinnvoll, die Informationen den Strafverfolgungsbehörden und den Steuerbehörden zuzuführen; denn diese können damit am besten etwas anfangen. Darum bitten wir noch einmal: keine Spekulation, sondern die Informationen an die zuständigen Behörden geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich weise auch alle Vorwürfe zurück, die wiederholt gemacht wurden, der Freistaat Bayern sei quasi eine Steueroase, ein Steuerparadies; man würde hier Steuerhinterziehung tolerieren. Dies ist letztlich ein Anwurf gegen jeden anständigen Finanzbeamten in Bayern. Diesen weisen wir zurück, meine Damen und Herren. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der CSU)

Abgesehen davon haben wir uns bei jedem Kauf einer Steuer-CD beteiligt. Wenn wir selber ein Angebot einer CD bekommen hätten, die sich nach einem Prüfverfahren als valide erwiesen hätte, hätten wir das auch akzeptiert.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das klang schon einmal ganz anders!)

Nach dem das deutsch-schweizerische Steuerabkommen nicht zustande gekommen ist, haben wir im Hohen Haus in der Amtszeit dieser Staatsregierung in den letzten Jahren ganz bewusst Prüfverfahren, aber vor allem auch Stellen ausgeweitet. Über 1.500 neue Stellen wurden vom Haushaltsausschuss, vom Parlament genehmigt. Wir haben die Steuerfahndung um 21 % gestärkt, meine Damen und Herren, und eine Sonderkommission Steuerbetrug für schwere Steuerfälle auf den Weg gebracht. Damit Sie entscheiden können, ob nichts gemacht wird oder etwas geleistet wird, nenne ich Ihnen die neuesten Zahlen. Allein im Jahr 2015 hat die SKS 101 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen und Freiheitsstrafen von insgesamt 74 Jahren erwirkt, die gesamte Steuerfahndung – man höre und staune – über 340 Millionen Euro mehr an Steuereinnahmen und insgesamt 353 Jahre an Freiheitsstrafen. Meine Damen und Herren, das ist alles andere als ein Steuerparadies.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben jetzt für die Sonderkommission fünf Leute bereitgestellt, die sich um alle Fragen kümmern können, die sich mit Panama beschäftigen.

Zu Panama und dem Sachverhalt selbst. Ich glaube, Herr Pohl hat es angesprochen, Kollege Weidenbusch auch sehr klar und deutlich: Wenn wir über den gesamten Komplex sprechen, müssen wir schon unterscheiden. Offshore-Geschäft ist nicht gleich Offshore-Geschäft. Es gibt rechtmäßige und es gibt eindeutig rechtswidrige Offshore-Geschäfte. Rechtmäßige Offshore-Geschäfte werden übrigens auch marktüblicherweise genutzt, um Flugzeugfinanzierungen oder Schiffsfinanzierungen vorzunehmen. Diese Arten der Finanzierung – Herr Halbleib, wir werden ja miteinander über den Antrag diskutieren – werden bei solchen Offshore-Geschäften sogar gefördert. Offshore-

Geschäfte rechtmäßiger Art werden gefördert. Wissen Sie, von wem? – Sie werden von der Bundesrepublik Deutschland mit sogenannten Hermes-Bürgschaften gefördert, beispielsweise beim Airbus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das ist bekannt! Das ist nicht der Kern des Problems!)

Sie wissen, wer diese Bürgschaften erteilt: das Bundeswirtschaftsministerium. Der Bundeswirtschaftsminister heißt Sigmar Gabriel, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dies nur zur generellen Einordnung.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Eine müde Nebelkerze macht auch nichts aus! Kommen Sie einmal zum Punkt!)

– Das ist kein Vorwurf, Herr Halbleib. Wenn wir über die Dinge reden, müssen wir alle Sachverhalte beleuchten.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Das Nebelkerzenwerfen ist vorbei! Es ist Klarheit angesagt!)

Es gibt auch rechtswidrige Offshore-Geschäfte. Vor allem geht es dabei um Briefkastenfirmen, über die wir sprechen. Das sind Firmen, die nicht zum Zwecke der Steuer-
vermeidung errichtet werden, sondern zur bewussten Steuerhinterziehung. Übrigens beinhaltet die Wortwahl zwei verschiedene Dinge, nämlich ob versucht wird, Steuern zu sparen – was übrigens auch viele im Haus jeden Tag versuchen –, oder ob es darum geht, Steuerhinterziehung zu betreiben. Meine Damen und Herren, dies ist etwas, wogegen wir alle miteinander vorgehen wollen.

Übrigens muss auch klar sein: Die beste Möglichkeit, dagegen vorzugehen, besteht darin, Steueroasen zu begrenzen und auszutrocknen. Dies ist in erster Linie eine internationale oder eine europäische Aufgabe. Seien wir einmal ganz ehrlich: In den letzten Jahren ist auch viel passiert. Der Vorwurf der generellen Untätigkeit trifft nicht zu. Seit 2009 hat es 20 Einzelabkommen zum Austausch von Steuerinformationen gegeben. Die neuesten Abkommen setzen in der Tat neueste Standards. Eine Vielzahl

von Staaten, darunter auch die Schweiz, wird dabei sein. Dieses Abkommen tritt 2017 in Kraft, sodass wir eine neue Qualität des Austauschs erreichen können. Meine Damen und Herren, wir sind aber noch nicht am Ende, und wir würden uns wünschen, dass auch die Europäische Union weiter Druck macht, generell für einheitliche Standards in der Welt zu sorgen und Steueroasen auszutrocknen; denn das ist der beste Weg, um solche Fälle zu verhindern.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, der Hinweis allein auf Europa wäre an dieser Stelle aber zu wenig. Ich finde, man kann und soll auch in Deutschland etwas versuchen.

Es wurde gefragt: Warum machen wir Pressekonferenzen? – Weil wir initiativ und aktiv geworden sind. Meine Damen und Herren, heute haben wir durch einstimmigen Beschluss der Länderfinanzministerkonferenz, also aller Bundesländer, auch der SPD-regierten Länder, insbesondere Nordrhein-Westfalen, einen Katalog beschlossen, wie wir die Situation für unser Land noch verbessern können. Ich finde nämlich, dass es zu wenig ist, sich dauerhaft exkulpieren zu wollen, indem man auf das Internationale verweist. Ich finde daher, dass Sie ehrlicherweise etwas Lob zollen sollten, so wie das andere auch machen.

Bayern ist in dieser Woche mit den anderen Ländern Schrittmacher gewesen, um die Situation zu verbessern. Meine Damen und Herren, ich meine, das ist ein Gewinn und ein Mehr an Steuergerechtigkeit für unser Land. Das sollten wir unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Ich nenne dazu zwei, drei Beispiele. Das oberste Ziel ist Transparenz und eine Offenlegungspflicht für alle einschlägigen Beziehungen zu Briefkastenfirmen. Die Gründung einer solchen Briefkastenfirma in Panama oder sonst wo ist übrigens per se schwer zu verbieten. Sigmar Gabriel hat gesagt, man müsse dies auch per se verbieten. Wenn die Gründung im Ausland stattfindet, ist dies eine rechtlich kaum zu lösende Aufgabe.

Wir sollten aber vor allem prüfen – dass sie sich in einem solchen Land befindet, ist zunächst wertneutral zu beurteilen –, ob sie rechtsmissbräuchlich eingesetzt und genutzt wird und welche rechtliche Gestaltung es gibt, um Steuerhinterziehung oder sogar Geldwäsche zu betreiben.

Meine Damen und Herren, deswegen setzen wir nicht in Panama an, sondern wollen in Deutschland ansetzen. Es geht um die Verpflichtung des Steuerpflichtigen selbst. Deswegen wollen wir gemeinsam mit den anderen Ländern erreichen, dass diesbezüglich eine erhöhte Offenlegungspflicht des Steuerpflichtigen notwendig ist. Dazu werden wir die Abgabenordnung ändern. Das bedeutet, Steuerinländer müssen künftig jede Beteiligung, jede wirtschaftliche Beziehung, jede tatsächliche Beherrschung von Unternehmen in Offshore- und Oasenstaaten den Steuerbehörden nicht nur anzeigen, sondern sollen und müssen dann auch darlegen, um welche Art von Beteiligung oder Unternehmen es sich handelt. Nur dann können umfassende und nachprüfbar Informationen gewonnen werden, die dann auch geklärt werden können. Vor allem kann dann nachvollziehbar dargelegt werden, ob und inwieweit eine Briefkastenfirma zwischengeschaltet ist.

Dies wird durch Sanktionen ergänzt. Wir brauchen bei der Verletzung von Meldepflichten wirksame, deutlich spürbare finanzielle Sanktionen; denn hier geht es nicht um kleine Beträge. Bei groben Verstößen geht es in dem einen oder anderen Fall auch um berufs- oder standesrechtliche Konsequenzen. Neu ist: Wenn erkennbar ist, dass eine Steuerschuld nicht abgeführt wurde, der Vorsatz aber schlecht nachzuweisen ist, und wenn eine Briefkastenfirma beteiligt war, gehen wir davon aus, dass es möglich sein soll, den Betreffenden für entgangene Steuern in Anspruch zu nehmen. Dies ist neu. Selbst wenn in Panama kein Vorsatz nachweisbar wäre, kann die Möglichkeit bestehen, dass der Betreffende für die Steuerschuld bei uns in Anspruch genommen wird. Meine Damen und Herren, dies hat aus meiner Sicht eine erheblich abschreckende Wirkung und wird das Risiko an dieser Stelle deutlich reduzieren.

(Beifall bei der CSU)

Es geht auch um die Beseitigung bestehender Hemmnisse für effektive Betriebsprüfungen. Über die vielen Details werden wir noch reden. Mit den derzeitigen Abfragemöglichkeiten der Steuerverwaltung ist es schwer, alle Informationen zu verwerten. Das wird durch verfahrensrechtliche Vorschriften nicht erleichtert. Stand ist jetzt, dass im Rahmen einer Bankenprüfung zum Beispiel systematische Zahlungen an Briefkastenfirmen festgestellt werden oder sogar die Vermittlung von Briefkastenfirmen konstatiert wird. Die Betriebsprüfer dürfen diese Erkenntnisse nicht ohne Weiteres im Wege von Kontrollmitteilungen weitergeben. Das wollen wir ändern. Es muss möglich sein, dass auch Fragen zur Beteiligung an Briefkastenfirmen im Rahmen einer kompletten Betriebsprüfung untersucht werden. Meine Damen und Herren, dies und noch weitere Anzeigepflichten auch von Banken und anderen Vermittlern gibt die Möglichkeit, das Risiko einzudämmen und den Steuerpflichtigen darauf hinzuweisen, dass er sich nicht auf das Ausland verlassen kann, sondern dass er hier vor Ort, bei uns im Land, den zuständigen Behörden Rede und Antwort stehen muss.

Sie sagen, das ist irgendwie hektisch. Dazu sage ich: Wir sollten die grundlegende Debatte um die Panama Papers nutzen, um auch in unserem Land eine vorbildliche Politik zu machen, die besagt: Wir dulden keine Steuerhinterziehung.

Zur BayernLB: Zunächst weise ich darauf hin, dass die Bank am Montag in der Öffentlichkeit ausführlich Stellung genommen hat. Nach den Angaben der Bank bietet die BayernLB keine der umstrittenen Briefkastenfirmen an. Darauf bezog sich eine der Fragen in Ihrem Katalog, Herr Halbleib. Dies hat die "Süddeutsche Zeitung" in ihren Rechercheberichten auch nicht dargestellt. Vielmehr geht es hier um die frühere kleine Tochter in Luxemburg, die LBLux. Kollege Weidenbusch hat auf die zeitlichen Dimensionen hingewiesen: Seit 1973 war die BayernLB daran beteiligt. Meine Damen und Herren – ich wurde darauf angesprochen –: Als ich persönlich im Jahr 2011 die Aufgabe bei der Landesbank übernehmen durfte, wurde schon eine Menge an Vorarbeit geleistet. Aber damals, im November 2011, war die Situation für die Bank – das wissen alle hier – eher risikobehaftet im Hinblick auf die Zukunft als irgendwie entspannt. Un-

zählige Fragen waren unbeantwortet. Hauptaufgabe war die Auseinandersetzung mit den Fragen: Gibt es überhaupt ein Okay, ein grünes Licht von der Europäischen Union, oder müssen wir mit Milliardenverlusten abwickeln wie die WestLB? Bestehen wir einen Stresstest der Europäischen Zentralbank, oder muss der Bayerische Landtag, müssen die bayerischen Steuerzahler erneut Kapital zuführen? Völlig ungeklärt war die Frage, was mit möglichen Milliardenverlusten passiert, die sich aus ABS-Papieren ergeben und die wir eigentlich, wie die Experten wissen, in den letzten Jahren hätten abfinanzieren müssen – von den Risiken von Hypo Alpe Adria und anderen ganz zu schweigen.

Meine Damen und Herren, wir haben damals eine fast unlösbare Aufgabe gemeinsam übernommen: Finanzministerium, Haushaltsausschuss und ausdrücklich die LBKom, die übrigens noch konkreter gefragt hat und auch mehr Fragemöglichkeiten in geheimer Sitzung hatte als in der öffentlichen Debatte im Parlament. Ich sage im Rückblick ausdrücklich: Die LBKom hat sich nie gescheut, Fragen zu stellen, wenn es nur ansatzweise einen Verdacht gab. Der Kollege Hallitzky hat damals zum Beispiel jedes einzelne Geschäft hinterfragt. In der Tat hat es zu dem Fragenkomplex, um den es geht, damals keine Debatte und keine Hinweise gegeben.

Mir war aber von Anfang an wichtig. Wir haben bei der BayernLB eine Strategie entwickelt. Die Strategie war, die Bank zu verkleinern, Risiken abzubauen, die Bank bayerischer und deutscher zu machen und, meine Damen und Herren, Aktivitäten im Ausland zu verkaufen oder abzuschließen. Kurz: Das Motto war, die BayernLB muss kleiner, solider und bayerischer werden. Und all die Ziele, die ich angesprochen habe, haben wir gemeinsam erreicht: EU-Genehmigung bekommen, Stresstest bestanden, ABS mit einem Gewinn für den Freistaat Bayern verkauft, meine Damen und Herren, und alle Altlasten konsequent abgebaut. Deswegen darf ich bei der ganzen Diskussion, die wir natürlich führen müssen, schon sagen, dass das, was wir die letzten Jahre bei der BayernLB geleistet haben, ein sehr ordentliches und hartes Stück Arbeit war, mit dem die Steuerzahler zufrieden sein können.

(Beifall bei der CSU)

Ein Bestandteil davon waren insbesondere die Auslandsaktivitäten. Die Bank hat verkauft oder geschlossen: die LB Swiss, die MKB Bank in Ungarn, in Rumänien und Bulgarien und die Banque LBLux in Luxemburg, über die wir gleich noch sprechen werden.

Zahlreiche Standorte und Niederlassungen wurden geschlossen: Peking, Tokio, Montreal, Mumbai, Kiew, Hongkong, Schanghai und auch Luxemburg – alles immer in Abstimmung und nach Beratung mit allen Gremien. Die LBLux selbst, eine kleine Tochter, hat – das ist jetzt wichtig – als eigenständige Bank mit eigenem Vorstand und eigenem Aufsichtsrat nach luxemburgischem Recht zu operieren und zu arbeiten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Alle von der BayernLB gestellt!)

Zunächst aber muss ganz klar sein: Die Kernaufgabe muss im Aufsichtsrat in Luxemburg geleistet werden. Es war keine Kernaufgabe Bayerns, meine sehr verehrten Damen und Herren. Dafür hatte man einen eigenen Aufsichtsrat in Luxemburg.

Wenn ich noch einmal den Hinweis von Ernst Weidenbusch aufgreifen darf: Insgesamt tätig ein Konzern wie die BayernLB rund zehn Millionen Einzelgeschäfte pro Jahr – zehn Millionen! Es ist selbst beim besten Willen für einen Konzernaufsichtsrat nicht möglich, jedes einzelne Geschäft zu kontrollieren oder zu hinterfragen. Gibt es Hinweise? – Ja. Aber wenn weder vonseiten des Vorstands noch von öffentlicher Seite eine Debatte darüber geführt wird, meine Damen und Herren, kann man nicht einfach etwas machen. Ich glaube, an der Stelle ist ordentlich gearbeitet worden.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage auch ausdrücklich – ich habe es gestern gesagt –: In meiner Zeit als Verwaltungsratsvorsitzender, Herr Halbleib, war das nie ein Tagesordnungspunkt in einer Sitzung.

(Zuruf von der SPD: Wer macht denn da die Tagesordnung?)

Ich hatte in meiner Zeit als Verwaltungsratsvorsitzender auch keine Kenntnisse über Vorgänge, über die jetzt in der "Süddeutschen Zeitung" ausdrücklich berichtet wurde. Es gab auch keine Hinweise darauf. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass es absolut in Ordnung ist, diese Dinge jetzt zu klären.

Meine Damen und Herren, eines muss auch klar sein: Klären bedeutet, wir brauchen Informationen zum Sachverhalt und müssen ermitteln, ob und wer sich in Luxemburg wie verhalten hat. Das ist die erste Frage, die wir zu stellen haben, und dann können wir über Politik fabulieren. Wir haben nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet, wenn ich das sagen darf.

(Beifall bei der CSU)

Um die LBLux abzuwickeln, Herr Mütze – nicht "lieber Herr Mütze", sondern "Herr Mütze", wenn es den Herrn Kollegen Magerl sonst stört –: Aufgabe war es, die LBLux abzuwickeln. Die Bank hat diese dann auch verkauft. Heute existiert die LBLux nicht mehr. Ich glaube, das ist schon ein wichtiger Hinweis, dass es diese Art von Geschäft und Geschäftstätigkeit nicht mehr gibt. Trotz allem aber haben wir die Bank aufgefordert, allen Verdachtsmomenten nachzugehen und sie auszuräumen, sie durch ein unabhängiges Gutachten zu überprüfen und gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen.

Lieber Herr Halbleib, auch wenn mir mancher Duktus nicht gefällt, auch wenn ich manchen Stil, den wir traditionell in unserer gemeinsamen parlamentarischen Zusammenarbeit pflegen, nicht okay finde,

(Volkmar Halbleib (SPD): Das sagen Sie! Stilfrage!)

habe ich kein Problem damit – ganz im Gegenteil – und bin dankbar dafür, wenn wir gemeinsam die Chance nutzen, ob im Ausschuss oder an anderer Stelle, maximale Transparenz herzustellen und jede einzelne Frage in Ruhe zu klären. Wir brauchen Zeit, um diese Fragen zu klären und zu beantworten. Diese Zeit müssen wir uns neh-

men. Ich sage ganz offen: Ich glaube, maximale Transparenz erhöht am Ende auch das Vertrauen in die Sicherheit der Banken, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zum Schluss bitte ich bei einer Sache um Verständnis. Bei aller gerechtfertigten Debatte lassen Sie uns eines bitte nicht tun: Unterstellungen betreiben, die gegenüber Bank und Staat unfair sind. Wir stehen als Freistaat Bayern für Nulltoleranz gegenüber Steuerbetrug und Geldwäsche. Wir stehen für maximale Aufklärung und Transparenz. Wir und auch ich persönlich haben die Bank saniert; wir haben sie ausreichend kapitalisiert; wir haben die Bilanzsumme halbiert, die BayernLB umstrukturiert. Und bitte vergessen Sie eines nicht: Seitdem wir hier arbeiten, haben wir über 4 Milliarden Euro an die Steuerzahler zurückgeführt, meine Damen und Herren. Welche Bank in Deutschland hat das bisher erreicht? – Deswegen: Aufklärung, ja; aber bitte schön auch etwas Akzeptanz und Respekt vor der Arbeit, die in der Bank und hier im Landtag geleistet wurde.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Jetzt hat der Herr Kollege Halbleib noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Kollege.

Volkmar Halbleib (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Finanzminister! Sie haben jetzt eine Vielzahl politischer Nebelkerzen geworfen, auf die ich nicht im Detail eingehen will.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Nebelkerzen?)

Aber ein paar Punkte muss man klarstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Bayern und die Bayerische Staatsregierung werden jetzt als Hort des Kampfes gegen Steuerhinterziehung dargestellt. Ich darf Sie erinnern, dass viele andere Länderfinanz-

minister, insbesondere sozialdemokratische, bisher selber konkrete Vorschläge gemacht haben. Sie haben sie erst gemacht, als Panama Papers Sie aufgeschreckt und die Presse auch Sie beleuchtet hat. Erst dann sind Sie aktiv geworden. Das muss man an dieser Stelle feststellen.

(Beifall bei der SPD)

Dann haben Sie über Ihre grundsätzliche Haltung zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung gesprochen. Ich erinnere heute an Ihre Haltung, Herr Finanzminister. Da haben Sie heute zwei Nebelkerzen geworfen. Da bringen wir Licht in das Dunkel. Sie hätten mit dem deutsch-schweizerischen Steuerabkommen die Steuerhinterziehung in der Dunkelheit der Anonymität belassen. Das ist Fakt. Dafür sind Sie damals eingetreten. Sie wollten keinen automatischen Informationsaustausch, wie er jetzt international als Standard diskutiert wird. Sie wollten keine klare Regelabfrage ermöglichen, sondern für jedes Finanzamt in der ganzen Bundesrepublik umgerechnet nur eine pro Jahr.

(Ernst Weidenbusch (CSU): Bisher haben wir null!)

Das war Ihre Transparenz. Das war das Gegenteil von dem, was Sie heute behaupten. Sie haben sich in diesem Landtag im Zuge der Debatten um das schweizerische Abkommen dezidiert geweigert, Steuerdaten-CDs aufzukaufen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Jetzt zeigen Sie mit dem Finger auf die Presse. Das war Ihre Verantwortung und Ihr Verhalten als Landesfinanzminister. Sie haben bei diesem Punkt keine Glaubwürdigkeit. Das ist heute deutlich geworden.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Bravo! – Peter Winter (CSU): Bloße Spekulationen!)

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hat damals gesagt, wenn das deutsch-schweizerische Abkommen gekommen wäre – für das Sie massiv plädiert haben –, wäre das die größte Begnadigung von Straftätern in der deutschen Geschichte gewesen. Das ist nicht meine Formulierung, sondern diejenige vom Bund Deutscher Kriminalbeamter. Eine der größten Geldwäscheanlagen Europas wäre legalisiert worden. Und Sie stellen sich hier hin und geben den Aufklärer und Chefankläger gegen Steuerhinterziehung. Das ist lächerlich, Herr Finanzminister. Das muss an dieser Stelle gesagt werden.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Es geht um Ihre Kenntnisse und um das, was Sie hätten wissen müssen. Sie haben nicht beantwortet: Hat in der Zeit von November 2011 bis Juli 2013, in der Sie Verwaltungsratsvorsitzender waren, das Engagement der LBLux in diesem Bereich der Briefkastenfirmen angehalten, ja oder nein? War das ein Sachverhalt, mit dem Sie sich als Verwaltungsratsvorsitzender und als Finanzminister hätten befassen müssen, ja oder nein? Das ist nicht deutlich geworden. Die Fragen, die sich stellen, müssen geklärt werden. Wir sind am Beginn der Aufklärung. Hören Sie auf, politische und sonstige Nebelkerzen zu werfen!

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Das sagt der Richtige! – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU) – Harald Güller (SPD): Keine Aufregung, Kollegen!)

Werden Sie Ihrer Verantwortung gerecht, und schaffen Sie endlich Klarheit in Bezug auf unsere Fragen. Daran werden wir arbeiten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die gemeinsame Aussprache geschlossen. Die Anträge werden getrennt, und wir kommen jetzt zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/10746 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich komme nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/10752. Wer diesem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/10765 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – SPD und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/10766 abstimmen. – Herr Kollege, ich komme darauf zurück. Der Kollege Zellmeier hat mir für die CSU-Fraktion signalisiert, dass man auf Ihren Änderungsvorschlag nicht eingehen möchte. Ich gehe davon aus, dass ich über Ihren ursprünglichen Antrag, so wie eingereicht, abstimmen lassen darf. – Vielen Dank. – Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, FREIE WÄHLER. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – CSU. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zurück zu den Dringlichkeitsanträgen, zunächst zum Antrag der CSU-Fraktion betreffend die "Neuregelung der Haftung

für Produktmängel im Interesse des bayerischen Handwerks rasch umsetzen!", Drucksache 17/10745. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, Ihre Stimmkarten einzuwerfen. Die Abstimmung ist eröffnet. Fünf Minuten, bitte.

(Namentliche Abstimmung von 15.17 bis 15.22 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Damit schließe ich die Abstimmung. Ich bitte, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Wir geben das Ergebnis zu einem späteren Zeitpunkt bekannt.

Ich rufe nun den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER betreffend "Gesetzesänderung zur Produkthaftung schnell und ohne Hintertüren schaffen", Drucksache 17/10764, zur namentlichen Abstimmung auf. Die Urnen stehen wieder bereit. Ich eröffne die Abstimmung und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Drei Minuten stehen zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.23 bis 15.26 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die drei Minuten Abstimmungszeit sind abgelaufen. Ich schließe die Abstimmung und bitte, das Ergebnis außerhalb des Saals zu ermitteln.

Dann darf ich wieder um Aufmerksamkeit bitten. Ich fahre in der Tagesordnung fort.